

Deutscher Erfolg in der Auslieferungsfrage.

Die Antwort der Alliierten in der Auslieferungsfrage liegt nun vor. Die Londoner Konferenz hat sich demnach auf einen Verzicht auf die Auslieferungsforderung geeinigt. Der Vorschlag, den die deutsche Regierung in ihrer Note vom 25. Januar gemacht hat, ist im großen ganzen angenommen worden. Ja, die Entente geht in ihrer Nachgiebigkeit in einem Punkte sogar über die deutschen Vorschläge hinaus. Die Alliierten wollen „sich hüten, sich irgendwie in das Verfahren der gerichtlichen Verfolgung und des Urteils einzumischen, um so der deutschen Regierung ihre ganze und volle Verantwortlichkeit zu überlassen“. Damit lehnen die Alliierten den deutschen Vorschlag ab, wonach Vertreter der Entente bei der Aburteilung der „Kriegsverbrecher“ vor dem deutschen Gerichtshof mitwirken sollten.

Tatsache ist, die Entente hat in dem springenden Punkte nachgegeben, in jener heißen, klüßlichen Frage, in der das deutsche Empfinden und das der Neutralen aufs stärkste verletzt worden wäre, wenn die Entente auf ihrem zynischen Standpunkt verharrt hätte. Dieser Punkt ist die Forderung der Aburteilung Beschuldigter durch einen Richter, der zugleich haterfüllter Ankläger ist. Der Gedanke eines Strafverfahrens vor den Kriegengerichten der Sieger war für das Gefühl jedes einzelnen Deutschen ebenso unstatlich wie unmöglich. Vor dem Forum der neutralen Welt konnte diese ungeheuerliche Forderung nicht schärfer verurteilt werden als vor dem Richterstuhl des deutschen Volkes. Die geschlossene Haltung des deutschen Volkes ließ, falls die Alliierten nicht nachgegeben hätten, das Chaos in Deutschland und damit auch in Europa befruchten. Und wenn auch Frankreich, das reinste Gefühlspolitiker trieb, bis zum letzten Augenblick nicht nachgeben wollte, die übrigen Mächte — vor allem England und Amerika — wollten ihr Ansehen vor den Neutralen doch nicht gänzlich bloßstellen durch das Verharren in einer nackten Macht- und Rachepolitik. Diese Umstände bewirkten eine Umkehr in der Haltung der Entente, die während der Verhandlungen des Dreierrats in London deutlich zum Ausdruck kam. Hier errang die deutsche Regierung einen ebenso entscheidenden diplomatischen Erfolg, wie die französische eine Niederlage hinnehmen mußte.

Der deutsche Erfolg war nicht zuletzt der einmütigen Haltung unseres Volkes zu verdanken. Von der äußersten Linken bis zur Rechten gab es nur eine Stimme in der Auslieferungsfrage, nur eine Empfindung der Entrüstung gegen ein ebenso zynisches wie unerhörtes Verlangen. Die zahlreichen Kundgebungen aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes ließen keinen Zweifel über die Gesinnung des Volkes übrig. Selbst ein so radikal-blattes Blatt wie der Bremer „Kommunist“ bezog seine Feindschaft gegen das Verhalten des Frhrn. v. Lersner, als er sich weigerte, den Vermittler der ungläubigen Auslieferungsgläubigen zu spielen, als eine „immerhin mannhaft zu nennende Tat“. Das Blatt ging also weiter als manche bürgerlichen Zeitungen, die zwar sich auf den Standpunkt der Verweigerung der Auslieferung stellten, aber das Benehmen des Frhrn. v. Lersner tadeln zu müssen glaubten. Bei einem solchen Rückhalt im deutschen Volk war es unserer Regierung einigermaßen leicht gemacht, entschlossen und fest aufzutreten. Die Alliierten merkten, daß sie nicht bis zum Äußersten gehen konnten. Ihr Beharren hätte entweder eine starke militärische Reaktion in Deutschland oder gewaltige Unruhen, Aufstände und den völligen Ruin Deutschlands zur Folge gehabt. Beides lag nicht in ihrem Interesse. Die Einsicht, daß die Auslieferungsfrage im Grunde ein großer Fehler war, dämmerte denn auch sehr bald im Lager unserer Feinde. Eine englische Zeitung nannte sogar die Liste eine „unentschuldige Dummheit“, weil es den Alliierten nicht erwünscht sein könne, den Geist des alten Deutschland, den die Liste austöfe, zu stärken. Auch von italienischer Seite mehrten sich die Stimmen der Vernunft; was neulich der italienische Ministerpräsident Salotti über die Notwendigkeit europäischer Gemeinwirtschaft sagte, bewegt sich ganz in dem Fahrwasser einer Verständigungspolitik. Und selbst in Frankreich wurden Stimmen laut, die betonten, daß der Sturz Deutschlands zugleich den Sturz Frankreichs bedeute, wie er auch Englands Untergang und eine nicht wieder gutzumachende Schädigung Amerikas im Gefolge hätte. Der „Temps“, dem die sintende französische Baluta wohl Kopfschmerzen machte, erklärte plötzlich, daß viel wichtiger als die Auslieferungsfrage doch die Herstellung der Arbeitsfähigkeit Deutschlands und die Sicherstellung seiner Ernäh-

ung sei. Amerikanischer Widerspruch gegen jedes Auslieferungsverfahren kam zu alledem hinzu. So wurde die deutsche Sache von der Mehrheit der Alliierten begünstigt.

Trotzdem glaubte Herr Millerand seine von Haß und Rache durchtränkte Gewaltpolitik beibehalten zu müssen. Die Franzosen wollten um jeden Preis ihr Prestige aufrechterhalten. Indessen hatte sich schon vor dem ersten Anschnitten der Auslieferungsfrage ein Uebergewicht im Dreierrat zugunsten Englands bemerkbar gemacht. Als Clemenceau noch Ministerpräsident war, tagten die Verhandlungen des Rats in Paris; Clemenceau selbst beherrschte vollkommen die englische Sprache; ihm war es noch möglich gewesen, Frankreich die führende Stellung zu bewahren; er gab den Ton an, und die andern machten die Musik dazu. Das hat sich inzwischen langsam geändert. Herr Millerand, der kein Englisch versteht und schon dadurch sich ins Hintertreffen gedrängt fühlt, ist außerdem genötigt, zu allen Verhandlungen des Rats nach London zu fahren. Der Rat tagt jetzt in England. Die Noten des Rats sind jetzt von Lloyd George und nicht von Millerand unterzeichnet. Das hat eine tiefe Bedeutung. Herr Millerand mußte denn auch in London recht bedeutsame Zugeständnisse machen. Zwar erklärte er sich nachträglich von dem Erfolg seiner Verhandlungen „befriedigt“, hätte er aber in der Tat Befriedigung gefühlt, dann würde er sich wohl sehr anders ausgedrückt haben. Dieses „befriedigt“ klingt mehr als kleinlaut. Sagen wir es deutlich: Herr Millerands Rachepolitik hat in London eine beträchtliche Schlappe erlitten.

Den Alliierten ist es natürlich sehr unangenehm, eingestehen zu müssen, daß sie nachgeben. Sie klammern sich deshalb an Neußerlichkeiten und betonen in ihrer Note, daß die von der deutschen Regierung selbst vorgeschlagene strafgerichtliche Verfolgung mit den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags vereinbar und ausdrücklich in dem Artikel 228 vorgesehen sei. Wenn dies der Fall ist, warum haben sie dann erst die Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ verlangt?

Wir nennen die Ergebnisse der Londoner Verhandlungen einen deutschen Erfolg. Sie sind das zweifelloste. Allein das dicke Ende folgt nach. Wohl dürfen wir uns darüber freuen, daß wir um die gefährliche Klippe der Auslieferung hinweggekommen sind und schwere innere Krisen vermieden haben; zu einem überhörschwügeligen Jubel ist jedoch nicht der mindeste Anlaß. Deutlich wird in der Note darauf hingewiesen, daß die Alliierten sich vorbehalten, die deutschen Urteilsprüche über die Beschuldigten zu „prüfen“. Wenn die Urteile unbefriedigend ausfallen, dann werpen die Alliierten voll und ganz ihr Recht ausüben und die Schuldigen vor ihre eigenen Gerichte stellen. Die Entente wird umso leichter von deutschen Rechtsprüchen unbefriedigt sein, als sie es selber in einer scheinbar entgegenkommenden Klausel ablehnt, sich in das Gerichtsverfahren zu mischen. Diese Klausel wird vor allem für Frankreich zu einer Handhabe für schamlose Expresspolitik werden. Der deutsche Gerichtshof, der die „Kriegsverbrechen“ aburteilen soll, wird, das kann man jetzt schon voraussehen, viele der Angeklagten freisprechen. Die Alliierten werden mit dem Urteil nicht zufrieden sein, und der Auslieferungsrummel geht von neuem los. Den Franzosen wird es dabei weniger um die Beurteilung der Angeklagten zu tun sein als vielmehr um eine Möglichkeit, neue Expressungen und Räuberereien vorzunehmen. Millerands Kohlennote war gewissermaßen ein erster Auftakt für die französische Politik, die auf nichts anderes zielt, als auf den endgültigen Besitz alles linksrheinischen Gebietes. Mit dem Schein von Recht, der bei der Entente ja so beliebt ist, wird dann Frankreich die Lostrennung der Rheinlande aus dem Verband des deutschen Reiches fordern. S. D. N.

Der Wortlaut der Verbandsnote.

(WB.) Paris, 17. Febr. Die der deutschen Regierung durch den englischen Geschäftsträger in Berlin überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

Die Alliierten haben mit Aufmerksamkeit die Mitteilung geprüft, die von der deutschen Regierung am 25. Januar 1920 an sie gerichtet wurde, und in welcher die schweren Folgen sowohl wirtschaftlicher als politischer Natur dargestellt werden, die aus der Durchführung der in den Artikeln 228 und 230 über die Auslieferung der angeklagten Deutschen enthaltenen Bestimmungen auch für die Durchführung des Friedensvertrags vom 28. Juni 1919 selbst erwachsen würden. Die Mächte stellten zunächst fest, daß Deutschland

erklärt, außerstande zu sein, die aus den oben erwähnten Artikeln des von ihm unterzeichneten Vertrags sich ergebenden Verpflichtungen einzuhalten. Sie behielten sich vor, das ihnen aus dem Vertrag zustehende Recht in dem Maße und in der Form zur Anwendung zu bringen, als es ihnen zweckdienlich erscheint. Unter dieser Voraussetzung nahmen die Alliierten Akt von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung, daß sie bereit ist, vor dem obersten Reichsgericht in Leipzig unverzüglich ein mit den vollständigsten Garantien versehenes Strafverfahren gegen alle Deutschen einzuleiten, deren Auslieferung die a. und a. Mächte zu verlangen beabsichtigen.

Die von der deutschen Regierung selbst vorgeschlagene, von ihr unverzüglich in die Hand zu nehmende strafrechtliche Verfolgung ist vereinbar mit der Durchführung des Art. 228 des Friedensvertrags und ausdrücklich am Ende des ersten Absatzes dieses Artikels vorgesehen. Getreu dem Buchstaben und dem Geist des Vertrags werden die Alliierten sich hüten, sich irgendwie in das Verfahren, die gerichtliche Verfolgung und das Urteil einzumischen, um so der deutschen Regierung ihre ganze und volle Verantwortlichkeit zu überlassen. Sie behielten sich vor, an Hand der Tatsachen den guten Willen Deutschlands in der Anerkennung der begangenen Verbrechen durch Deutschland herbeizuführen und den aufrichtigen Wunsch an deren Bestrafung mitzuwirken zu bemessen. Sie werden sehen, ob die deutsche Regierung, die sich außerstande erklärt, die Schuldigen zur Aburteilung zu verschaffen und den Alliierten zu übergeben, wirklich entschlossen ist, sie selbst vor dem Reichsgericht in Leipzig zu verurteilen.

Gleichzeitig haben die Alliierten, um der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, beschlossen, eine interalliierte gemischte Kommission zu beauftragen, eingehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, dessen Schuld durch die Untersuchung der Alliierten festgestellt wurde, zu sammeln, zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen.

Endlich halten die Alliierten dafür, in formeller Weise zu erklären, daß das Verfahren vor einer Gerichtsbarkeit, wie sie vorgeschlagen wurde, in keinem Fall die Bestimmungen der Art. 228 bis 230 des Friedensvertrags aufheben kann. Die Mächte behalten sich auch vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Versicherung den Angeklagten alle Rechtsgarantien sichern soll, nicht schließlich darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Bestrafung für deren Vergehen zu entziehen. Die Alliierten werden in dem Fall voll und ganz ihr Recht ausüben und die Schuldigen vor ihr eigenes Gericht stellen. (gez.): Lloyd George.

Reichswehrminister Noske über die Note.

Berlin, 18. Febr. Reichswehrminister Noske sprach sich über die Ententennote gestern in Bremen, verschiedenen Morgenblättern zufolge, dahin aus, daß es durchaus verfrüht sei, anzunehmen, daß wir vor allen weiteren ernstlichen Schwierigkeiten und etwaigen Repressalien bewahrt bleiben würden. Die Alliierten behielten sich ausdrücklich das Recht vor, Schuldige, deren sie habhaft würden, vor ihren eigenen Richter zu stellen. Deshalb bestehe eine außerordentliche Unsicherheit für jeden Deutschen, der im Kriege war, wenn er künftig eines der alliierten Länder betrete.

Aus der Auslieferungsliste.

Auch Ingenieure und Fabrikdirektoren werden jetzt auf der „Kriegsverbrecher“-Liste namhaft gemacht. Darunter befindet sich aus Stuttgart der Mitinhaber des Hauses Wilhelm Neger Heinrich Wieginger. Ihm wird Ausplünderung und Vernichtung der Baumwollindustrie zum Vorwurf gemacht. Ferner wird gefordert der Großkaufmann S. Schwarzchild wegen Vertriebs von französischem Eigentum. Die Firma Schwarzchild in Stuttgart habe täglich mehrere Wagen gestohlene Waren veräußert. — Mit welcher Leichtfertigkeit die Liste zusammengestellt wurde, geht aus einer Meldung des „Temps“ hervor, wonach der Name des Großherzogs von Hessen „aus Versehen“ auf die Liste gekommen sei.

Die Nachprüfung der Auslieferungsliste.

(WB.) Paris, 18. Febr. Die interalliierte Kommission, deren Einsetzung in der gestern überreichten Note Lloyd Georges in Bezug auf die Nachprüfung der Auslieferungsliste angekündigt wird, hält am Freitag ihre erste Sitzung ab.

Berliner Blätterstimmen.

Berlin, 18. Febr. Wie die „Germania“ meint, liegt der Kernpunkt der Entente darin, daß sie sich den Widerruf ihres Bezugs auf Auslieferung vorbehalte. — Das „Berliner Tageblatt“ steht in der Note eine Etappe auf dem Wege zur Revision des Versailler Vertrages. — Die „Kreuzzeitung“ warnt davor, die Drohungen der Entente auf die leichte Schulter zu nehmen. — Die „Deutsche Tageszeitung“ findet besonderen Anlaß, die alte Forderung dringend zu erheben, daß die deutsche Regierung endlich ungefährdet mit den Listen feindlicher Kriegsvorbereiter und einer lächerlichen Aufzählung der von ihnen begangenen Greuel an die Öffentlichkeit trete. — Die „Post“ sagt: Mit aller Klarheit bezeichnet das geltende deutsche Recht die Grenze unseres Entgegenkommens. — Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Die vorläufige Lösung der Auslieferungsfrage ist nicht befriedigend. Sie hat viel Peinliches an sich, aber wir müssen mit unserer Lage und dem Versailler Vertrag rechnen. Vorläufig weiß die Welt wieder, daß wir nicht ehelos handeln und uns nicht ehelos machen lassen.

Zur äußeren Lage.

Die Schweiz und der Völkerbund.

(W.B.) Bern, 17. Febr. Wie der „Bund“ erfährt, wird die Volksabstimmung in der Schweiz über den Beitritt zum Völkerbund wahrscheinlich am 18. April stattfinden.

Der amerikanische Senat und der Friedensvertrag.

(W.B.) Washington, 17. Febr. (Neuter.) Der Senat hat einstimmig beschlossen, die Erörterung des Friedensvertrages wieder aufzunehmen.

Der Kohlenmangel in Oesterreich.

Wien, 17. Febr. (Wiener Korrespondenz.) Wegen Kohlenmangels wird der gesamte Güterverkehr auf den deutsch-österreichischen Bahnen vom 16. bis 25. Februar eingestellt werden.

Zu der Abstimmung in Schleswig.

(W.B.) Kopenhagen, 18. Febr. Der Minister für Schleswig, Hansen, sagte zu einem Vertreter der „Berlingske Tidende“ bezüglich der von deutscher Seite geforderten Regelung der Grenzlinie der ersten Zone durch die sogenannte „Tiedje“-Linie, durch die Abstimmung sei das letzte Wort in dieser Frage gesprochen worden.

Poincarés letzte offizielle Rede.

(W.B.) Paris, 17. Febr. Präsident Poincaré hielt in Verdun seine letzte offizielle Rede und sagte hierbei, man habe Deutschland im Friedensvertrag keine Strafschuldigung auferlegt. Man habe nicht einmal von ihm die Rückerstattung der Kriegskosten verlangt. Um sich den Wünschen Amerikas anzuschließen, habe man ihm nur die Zahlung der Militärpensionen und der materiellen Kriegsschäden, die es verursacht habe, abverlangt. Deutschland habe sich verpflichtet, ein bestimmtes Quantum Kohlen zu liefern, um dadurch Frankreich dafür zu entschädigen, daß Deutschland die Kohlengruben Nordfrankreichs systematisch erfaßte und zerstörte. Es habe sich ferner verpflichtet, diejenigen seiner Offiziere auszuliefern, die sich Vergehen gegen das allgemeine Recht hätten zu Schulden kommen lassen. Wer könne zulassen, daß diese von Deutschland unterzeichneten Versprechen nicht gehalten würden? Es könnte keinen guten Franzosen geben, der wünsche, daß die Wiedergutmachung herabgesetzt wird. Wie auch immer die endgültige Haltung Deutschlands sein möge, man müsse sich dessen versichern, daß seine Entwaffnung definitiv sei, und daß es nicht im geheimen seine Eroberungs- und Beherrschungsmacht wieder aufzurichten werde.

Die Heimkehrer aus Frankreich.

Paris, 18. Febr. (Havas.) Bis zum 13. Februar sind im ganzen 144 Gefangenentransporte nach Deutschland abgegangen.

Aus unserer Gewerbeschule.

Von Gewerbeschulvorstand Albinge r.

Verschiedene Berufe sind in Berücksichtigung der Eigenverhältnisse Calws in unserer Gewerbeschule in einer Klasse vereinigt. Die darin liegenden Hemmungen für den Unterricht zu überwinden, erfordert eine ganz besondere Taktik der Unterrichtsleitung. Die Schule hat die Aufgabe, der Berufspersonlichkeit in Zusammenarbeit mit dem Lehrern planmäßig zur Entwicklung zu verhelfen. Das Ziel ist erreicht, wenn die Person nicht nur geistlich reif und geschäftsfähig, sondern auch durch Anerkennung in ihrer Lebens- und Volksgemeinschaft es geworden ist. Und diese wird dem werden, der selbständig und in Treue seinem Berufe vorsteht. Die Gewerbeschule hätte also Pünktlichkeit und Selbständigkeit in der Arbeitsausführung mitanzustreben.

Der Unterricht zerfällt in einen solchen allgemein grundlegenden Art und in einen solchen, der den Berufen je eine besondere Berücksichtigung zuteil werden läßt. Daß der allgemein grundlegende Unterricht in reinen Fachklassen ganz von selber einen spezialberuflichen Einschlag und der je auf den Beruf zugeschnittene Unterricht in Klassen mit gemischten Berufen wiederum eine der Berufszusammenfassung entsprechende Gestaltung erhält, ist selbstverständlich. Bei jedem Unterricht wird die Beziehung zur Praxis hergestellt, und demzufolge wird beispielsweise in Geometrie mit den Hilfs- und Werkzeugen der Werkstatt, mit Winkel, Wasserwaage, Senkel, Schmitze, Sechskant usw. gearbeitet, und die gewonnenen Erkenntnisfänge bilden den Ausgangspunkt für die praktische Verwertung. So führt derselbe Erkenntnisfänge zu Betrachtungen über Zahnradkonstruktion, Keilmutterherstellung, Profilherstellung auf der Drehbank, Schnittmuster-herstellung nach verschiedenen Abmessungen, Vergrößerungen und Verkleinerungen für schmidende Berufe. In Physik und Chemie wie in spezieller Materialkunde kommen die Wechselbeziehungen zwischen Theorie und Praxis immer wieder zur Geltung. Die Kapillarität zwischen Blechplatten bei Dachdeckungen und Verwahrungen, die Alomdichte und ihre Forderung bei Erwärmung, deren Wirkung beim Härten beobachtet werden kann, die Elektronenbewe-

Die Transporte entwickeln sich mit der größten Regelmäßigkeit und Ordnung. Aus dienstlichen Gründen werden die Gefangenen nicht mehr in Mannheim und Düsseldorf, sondern in Ludwigshafen und an der Mosel übergeben. Am 20. Februar beginnen auch die Skan-tentransporte in besonderen Bagazettzügen.

Russisch-deutscher Kriegsgefangenen-Austausch.

(W.B.) Berlin, 17. Febr. Mit Rücksicht auf die trostlose Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland und die ungelöste Lage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland hat sich die deutsche Regierung entschlossen, in Besprechungen mit dem hierzu delegierten Bevollmächtigten der Sowjetregierung, Wigor Kopp, einzutreten.

Die Arbeitspflicht in Sowjetrußland.

(W.B.) Helsinki, 16. Febr. Trotski erklärte dem Zentralerziehungskomitee, daß die Arbeitspflicht strengstens durchgeführt werde. Ferner sei die Einführung von Naturallöhnen notwendig. Neue Arbeitsarmeen würden im Uralgebiet sowie in der Ukraine gebildet.

Eine neue bolschewistische Republik in der Ukraine.

(W.B.) Kopenhagen, 18. Febr. Russische Zeitungen melden, daß in dem von den Bolschewisten besetzten Teil der Ukraine eine neue selbständige bolschewistische Republik errichtet wurde, die mit Sowjetrußland einen Bruderbund geschlossen habe. Zum Präsidenten der Republik wurde Petrowski ernannt.

Ein Memorandum der türkischen Regierung.

(W.B.) Konstantinopel, 17. Febr. Der Großwesir und der Minister des Äußeren sollen die Absicht haben, sich demnächst zu den Vertretern der Allierten zu begeben, um ihnen die Lage darzulegen. Sie werden ein von der Regierung ausgearbeitetes Memorandum überreichen, das verlangt: 1. daß die Gebiete mit türkischer Mehrheit unter türkischer Verwaltung bleiben und ihre Rechte garantiert werden, 2. daß in der Lage der besetzten Gebiete eine Aenderung eintreten möge, 3. daß die türkische Delegation angehört werde, bevor unwiderrückliche Beschlüsse gefaßt werden.

Amerika und die europäischen Angelegenheiten.

Washington, 17. Febr. (Neuter.) Es wird bekannt gegeben, daß Wilson in seiner Note an die Ministerpräsidenten der Entente nicht erklärt hat, daß die Vereinigten Staaten sich nicht länger mit den europäischen Angelegenheiten beschäftigen würden, wenn die Frage von Finnland behandelt werde, ohne daß die Vereinigten Staaten um Rat gefragt würden.

Eine Bewegung gegen Wilson.

(W.B.) Paris, 17. Febr. Dem „Echo de Paris“ wird aus Washington gemeldet, die Führer der verschiedenen Parteien im Kongress besprechen sehr ernstlich die Mittel, die man anwenden könne, um den Präsidenten für unfähig zu erklären. Sie wollten, wenn sie ihn auf diese Weise beseitigt hätten, einen Vizepräsidenten ernennen, jedoch glaube man, daß es augenblicklich unmöglich sei, so zu handeln, ohne einen gefährlichen Konflikt mit der Exekutivgewalt hervorzurufen.

Ausland.

Eröffnung der ungarischen Nationalversammlung.

Budapest, 18. Febr. (Ung. Korrespondenz.) Nach vorausgegangener kirchlicher Feier wurde die ungarische Nationalversammlung mit einer Ansprache des Alterspräsidenten eröffnet. Darauf gab Ministerpräsident Huszar einen Rückblick auf die sogenannte Räteregeierung. Gegenüber der Rätediktatur oerzetrete die Nationalversammlung die auf geundeter moralischer Grundlage ruhende Demokratie. Die Umtriebe der Bolschewisten hätten die rumänische Besetzung nach sich gezogen und

gung bei elektrostatischen Vorgängen, die Verbrennungsverhütung beim Schweißen, die Neutralisierung bei Lötlöcherherstellung, bei Kalkherstellung, tausend andere Fälle lassen je nach Bedarf einen Lehrplanrahmen ausfüllen.

Die gewonnenen allgemeinen und besonderen Erkenntnisse für die Berufsarbeit lassen in den meisten Fällen in der technischen Zeichnung einen konzentrierten Niederschlag geben. Wie in keinem Fach kommt im Fachzeichnen der berufsindividuelle Unterricht zur Geltung. Und da bei jedem Berufe wieder andere Besonderheiten zu beachten sind, so konnte in Klassen mit gemischten Berufen, wie wir solche z. Bt. noch in Calw haben, jeder Beruf für die Unterrichtsstunde einen Fachlehrer für sich in Anspruch nehmen. Die Verhältnisse lassen aber z. Bt. eine derartige Berufsberücksichtigung und Lehrerschonung nicht zu, um so mehr muß der Schüler bei seinen fachlicher Selbstberurteilung und pünktlicher Zeichnungsausführung herangezogen werden. Und hierzu eignet sich vorzüglich der im ersten Gewerbeschuljahr zu erteilende Projektionsunterricht, bei dem ohne Bedenken auf Darstellungen aus allen Berufstechniken eingegangen werden kann und für unsere Verhältnisse eingegangen werden muß. Diesen Unterricht hat auch der Schüler, der an einer höheren Schule schon einen gewissen Abschluß der Allgemeinbildung erreicht haben sollte, zur Erreichung des nötigen Sicherheitsgrades der Darstellung zu besuchen. Sind die Vorbedingungen für einen erfolgreichen Fachzeichnen-Unterricht beim Schüler vorhanden, so hat der Lehrer eben in Klassen mit gemischten Berufen für die vielseitige Inanspruchnahme aus diesen Berufen während der Unterrichtszeit eine weitgehendste physische und geistige Beweglichkeit zu entwickeln. Man sieht, daß die Arbeits- oder Berufsstunde gerade an den Gewerbeschulern der kleineren Schulen die allergrößten Anforderungen stellt. Bemüht er sich aber, diesen zu entsprechen, so ist für die Unterrichtsfächer der Geschäftsführung, für die Geschäftskunde, ersprießlich vorgebehalten. Da es dem Wesen nach nur eine Geschäftsführung geben kann, die je nach dem Berufe und der Gliederung des Berufs ihre äußere Gestalt immer wieder wechselt, so läßt sich ohne große Schwierigkeit das Wesentliche auch in Klassen mit gemischten Berufen wie in Fachklassen darbieten und

beides zusammen habe dem Lande größeren Schaden als der vierzehnjährige Krieg zugefügt. Trotz des Unglücks blide die Nation mit Selbstbewußtsein in die Zukunft. Zum Schluß erklärte der Ministerpräsident, die Regierung werde die Macht in die Hände des zu wählenden provisorischen Staatsoberhauptes legen und über ihre bisherige Tätigkeit der Nationalversammlung Rechenschaft ablegen. Die Sitzung schloß mit einer Ehrung für die im Krieg und unter der Proletariatdiktatur gefallenen Soldaten und wurde dann auf Mittwoch vertagt.

Der Prozeß Caltaug.

Berlin, 18. Febr. Zu dem Prozeß Caltaug wird dem „Berl. Sozialist.“ aus Frankfurt a. M. gemeldet, daß sich das Anlagematerial aus über 6- bis 7000 einzelnen Dokumenten zusammensetzt und daß sich der Prozeß wegen des ungeheuren Umfangs wahrscheinlich bis in den Juni hineinziehen werde.

Stalieri rationiert die Lebensmittel.

(W.B.) Mailand, 17. Febr. Nach dem „Avanti“ hat sich der Ministerrat am Montag mit der Ernährungsfrage befaßt. Er beschloß, die im Kriege eingeführte Rationierung wiederherzustellen. Es werden deshalb für die notwendigsten Lebensmittel, wie Brot, Teigwaren, Mehl, sowie für Kohle im ganzen Lande wieder Karten ausgegeben.

Deutschland.

Das neue Kommunalisierungsgesetz.

(W.B.) Berlin, 17. Febr. Der Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes ist fertiggestellt gewesen. Bei dem Sinken der Valuta und dem Schwanken des Geldwertes hat aber die ursprünglich erfüllte Forderung auf Gewährung von Entschädigungen, die — ähnlich wie beim Elektrizitätsgesetz — sich auf den Wert der Unternehmungen vor dem Kriege gründen sollten, nicht mehr aufrecht erhalten bleiben können, wenn man nicht große Unbilligkeiten hätte herbeizuführen wollen. Es haben daraufhin neue Verhandlungen über die Verfestigung in die Wege geleitet werden müssen, die dem Abschluß nahe sind. — Das Gesetz wird der Nationalversammlung noch vorgelegt werden. — Das Reichstagswahlgesetz kommt in der nunmehr vom Reichsministerium des Innern vorgebrachten Form in dieser Woche ins Kabinett.

Der Reichskanzler im Ruhrgebiet.

(W.B.) Essen, 18. Febr. Gestern Nachmittag fand zu Ehren des Reichskanzlers und der übrigen Mitglieder der Reichsregierung ein vom Oberbürgermeister gegebener Empfang statt. Auf die Begrüßungsworte des Oberbürgermeisters Dr. Lutzer erwiderte der Reichskanzler, daß auch die Reichsregierung auf dem Standpunkt stehe, daß das durch die wirtschaftliche Einheit des Ruhrkohlenbezirks gebotene Siedlungsverfahren auf das schnellste gemäß den Absichten der preussischen Regierung verwirklicht werden müsse. Der Reichskanzler erkannte auch ausdrücklich die überragende Bedeutung des Ruhrkohlenbezirks für den wirtschaftlichen Wiederaufbau an und sagte zu, daß die Reichsregierung auf die Ernährung der Bevölkerung des Ruhrkohlenbezirks im Hinblick auf die gesteigerten Anforderungen an die Bergarbeiter die allergrößte Sorgfalt verwenden werde.

Der Reichskanzler über die Arbeitszeit der Bergarbeiter.

(W.B.) Essen, 17. Febr. Vertreter der rheinisch-westfälischen Presse hatten heute eine Konferenz mit dem Reichskanzler, dem Reichspostminister Giesberts und dem Arbeitsminister Schlieke. Der Reichskanzler führte noch an, daß er gestern den Vertretern des Bergbaues und der Eisenindustrie ans Herz gelegt hatte und hat die Pressevertreter, an der Aufklärung der Bergarbeiter über die Notwendigkeit einer Verlängerung der Arbeitszeit mitzuwirken.

verarbeiten, nur mit dem Unterschiede, daß in diesen die Buchführung das Kristallisationsfa. für die ganze Geschäftsführung bilden kann. Die Sondergestaltung, wie sie in Materialberechnung und Arbeitszeitfeststellung im Kostenberechnen, in Arbeitsbeschreibung und Arbeitsbeurteilung im Aufsatz zum Ausdruck kommt, wird nicht unwesentlich dadurch unterstützt, daß der Schüler während seiner Schulzeit gleichzeitig mitten in der Arbeit drinnen steht. Schon aus diesem Grunde ist daran festzuhalten, daß die Gewerbeschulunterrichtszeit in die Lehrzeit hineinfällt. Aus dem gleichen Grunde sind Berufsschulen, deren Schüler eine Arbeitspraxis noch nicht kennen oder ohne nachhaltige Belehrung in einer solchen gestanden sind, genötigt, für eine parallel mit dem Unterricht laufende Berufspraxis zu sorgen. Daraus darf aber nicht gefolgert werden, daß die den Gewerbeschulen zur Einrichtung empfohlenen Werkstätten unnötig seien. Diese Werkstätten sollen nicht die Arbeit beim Lehrmeister ersetzen, sondern die Möglichkeit schaffen, die bei diesem erlernten Fertigkeiten auf die Schularbeit zu übertragen, der geistigen Durcharbeitung eines Arbeitsstücks die überzeugende, die Schularbeit in Praxis beurteilbare Wertvollendung zu geben und die zwischen Schule und Werkstatt bestehenden Beziehungen noch inniger zu gestalten. Daß die Arbeit in der Schulwerkstatt nur die Schulmodellammlung bereichern soll, ist selbstverständlich.

Ob die Gewerbeschule in Fachklassen oder in Klassen mit verwandten Berufen gegliedert ist, immer wird in ihr darauf hingearbeitet werden müssen und können, daß der Schüler erzo-gen wird zur eigenen Arbeitsbeurteilung, zur vollständigen Arbeitsklärung, zur genaueren Arbeitsberechnung. Und die Einführung in die Arbeitsverwertung und -umwertung lassen diesen hinausführen in die Gesellschaft, in den Verkehr mit derselben, und recht am Platze sind die im Lehrplan noch besonders für die Beurteilung des Gesellschaftslebens vorgesehenen Unterrichtsdisziplinen.

So ist die Gewerbeschule eine rechte Volksschule für das wirtschaftliche Leben, und wer sie fördern hilft, hilft mit, daß das Volk sich zurückfindet zur Arbeit, daß es die erste Bedingung erfüllt, die ihm wieder eine Achtung gebietende Zukunft in Aussicht stellt.

Von der Tagung der Landwirte in Berlin.
 Berlin, 18. Febr. In der gestrigen Tagung des Bundes der Landwirte wurde von Frh. v. Wangenheim an den Opferwillen der Berufsgenossen appelliert, nach Abschluss der Verträge auch alles herzugeben, was zu liefern sei.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. Februar 1920

Die neue Umsatzsteuer.

Auf Veranlassung des Bezirks-, Handels- und Gewerbevereins Calw hielt gestern Abend im Badischen Hof Finanzsekretär Döbler aus Hirsau einen klaren und übersichtlich aufgebauten Vortrag über die neue Umsatzsteuer, zu dem sich zahlreiche Handel- und Gewerbetreibende, sowie Landwirte eingefunden hatten. Der Redner gab zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Entstehung der Steuer. Sie wurde im Sommer 1919 gleichzeitig mit dem Entwurf über das Reichsnotopfer eingebracht, am 24. Dezember 1919 veröffentlicht und ist am 1. Januar 1920 in Kraft getreten. Die Umsatzsteuer ist nichts Neues; schon 1916 trat sie ans Tageslicht, aber während damals die Steuer nur 1 vom Tausend betrug, wurde sie bei ihrer 2. Ausgestaltung im nächsten Jahre bereits mit Sähen vom Hundert berechnet. Neu an der Umsatzsteuer ist eigentlich nur der Name; die Steuer ist sehr alt und in Württemberg als *Alzise* (wovon *Alziser* und *Stabälziser*) länger bekannt. Der Redner bot dann noch einiges Geschichtliche über die seitherige *Alzise*.

Das neue Gesetz nun stellt in weitestem Umfang die Forderung, daß jeglicher entbehrliche Verbrauch vorbelastet werden soll. Die Erhöhung der Steuern haben langwierige Debatten in der Nationalversammlung zur Folge gehabt. Neu an der jetzigen Form der Steuern ist neben der Erhöhung der Tarife (1,5 vom Hundert für die allgem. Umsatzsteuer), daß die Befreiung der kleinen Betriebe mit einem Jahresumsatz unter 3000 Mark wegfällt, ebenso die Besteuerung bei einem Jahresverbrauch unter 2000 Mark.

Wer ist nun steuerpflichtig? Der Redner trennte hierbei die allgemeine Umsatzsteuer von der Luxussteuer. Umsatzsteuerpflichtig sind alle Gewerbetreibende, auch die Urrzeuger (z. B. Landwirte), der Handel und auf Antrag des Abg. Herrmann-Neulingen sämtliche freie Berufe wie Ärzte, Tierärzte, Künstler, Schriftsteller usw. Nur die Kasernenpraxis der Ärzte unterliegt keiner Besteuerung. Steuerpflichtig sind ferner Versteigerer und solche Gewerbetreibende, die ihr Gewerbe nicht angemeldet haben, aber es nachhaltig ausüben, worunter z. B. die Schieber zu rechnen wären. Zu versteuern sind Lieferungen und sonstige Leistungen, die im Inland gegen Entgelt ausgeführt werden innerhalb eines Gewerbebetriebs. Dazu gehört auch ein sogen. Werklieferungsvertrag, wenn beispielsweise ein Kunde seinem Schneider die Zutaten zu einem Anzug gibt, so daß der Schneider nur den Anzug macht. Die Steuerpflicht besteht, auch wenn die Absicht, Gewinn zu erzielen, fehlt. Zu versteuern ist ferner der Eigenverbrauch, also die Entnahme von Gegenständen aus dem eigenen Betriebe, um sie zu Zwecken außerhalb der beruflichen Tätigkeit zu verbrauchen. Steuerfrei sind Umsätze aus dem Ausland und in das Ausland, Kreditverwendungen und Umsätze von Geldforderungen, Umsätze von Edelmetallen im Großhandel, Verpachtung und Vermietung von Grundstücken und eingerichteten Räumen. Dagegen unterliegen Tauschgeschäfte und die Hingabe an Zahlungsstatt der Umsatzsteuerpflicht. Zu entrichten ist die Umsatzsteuer von demjenigen, der die berufliche steuerpflichtige Tätigkeit ausübt. Die Inrechnungstellung der Umsatzsteuer ist nur Anzeichen gestattet; den Gewerbetreibenden ist die Anrechnung der Steuer nicht erlaubt, sie muß also von vornherein in den Verkaufspreis eingerechnet werden. Der Steuerpflichtige hat gewissermaßen die Steuer zu erheben und zu entrichten; deshalb ist er auch verpflichtet, Buch zu führen. Da die neue Steuer zweifellos geeignet ist, den ärmeren Verbraucher zu belasten, erhält unter Umständen, wenn nämlich der erhoffte Gesamtbetrag der Steuer mehr als 3 1/2 Milliarden sein wird, jeder Staatsbürger, der weniger als 5000 Mark Einkommen hat, auf Antrag eine Rückvergütung bei bestimmten Voraussetzungen. Ein Bürger z. B., der ein Jahreseinkommen von 3000 Mark hat, 4 Kinder unter 16 Jahren und seine erwerbslose Mutter versorgt, kann auf Antrag einen Staatszuschuß von 300 Mark jährlich bekommen, falls die erhoffte Gesamteinnahme der Steuer erreicht wird. Der Redner betonte noch, daß eine praktische Durchführung der Steuer eine umfangreiche Tätigkeit der Steuerbeamten erfordert.

Im weiteren besprach der Referent dann die Luxussteuer, die durch das neue Gesetz auf 15 Prozent erhöht und erheblich ausgedehnt worden ist, was den Kreis der Luxussteuerpflichtigen Waren anbreitet. In Zukunft hat der Hersteller von Luxuswaren die Steuer zu erheben und abzuführen. Auch für die Hauswirtschaft bestimmte Gegenstände sind zu versteuern, wenn sie in den Kreis der steuerpflichtigen Waren fallen. Die Herausgabe eines amtlichen Verzeichnisses der Luxuswaren ist in Aussicht gestellt.

Amthliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw,
 Bekanntmachung.

Laut Verfügung des Ernährungsministeriums beträgt der Erwerbspreis, den die Sammelstellen den Geflügelhaltern für Hühner- und Enteneier zu bezahlen haben, 60 Pfennig für das Stück. Der Erwerbspreis für Gänseer wird vom Sammelverband auf 1,20 M festgesetzt.

Der Verbraucherpreis an den Sammelstellen in Selbstverforgergemeinden beträgt 62 Pfennig, an der Bezirksstelle vorläufig 65 Pfennig das Stück.

Calw, 16. Februar 1920.

Oberamtmann: G. S.

was sehr wünschenswert ist, weil das Gesetz selbst die Luxuswaren in sehr wenig übersichtlicher Form aufführt. Der Redner führte dann die wichtigsten der zu versteuernden Gegenstände auf, deren Aufzählung wir hier um des Raumes willen weglassen müssen. Der Kreis der Luxuswaren ist sehr weit gezogen. Wertvoll zu wissen ist, daß dem Erwerber von Luxusgegenständen für Lehr- oder berufliche Zwecke oder für das öffentliche Interesse auf Antrag 10 Prozent der Steuer zurückerstattet werden. Nicht beim Hersteller, sondern beim Kleinhändler sind zu versteuern Juweliergegenstände, Altertümern, Liebhabergegenstände, Originalwerte der Graphik, Malerei und Plastik, Gebinde aus Blumen und Pflanzen (Kranze), wenn das Entgelt 30 Mark überschreitet. — Steuerpflichtig ist der Veräußerer, hauptsächlich der Erwerber von Luxusgegenständen. Steuerstempelmarken sind vorgesehen. Auch hier ist wie bei der Umsatzsteuer der Steuerpflichtige als Steuereinnahmer des Reichs anzusehen, weshalb er Rechenschaft darüber ablegen und Buch führen muß. Es bestehen darüber genaue Vorschriften: Die Einträge müssen fortlaufend, vollständig, richtig, in einer lebenden Sprache und mit den Schriftzeichen einer solchen abgefaßt sein; die Bücher müssen 10 Jahre lang aufbewahrt werden; die Kasseneinnahmen müssen täglich gebucht werden. In manchen Gewerbebetrieben wird zweierlei Buchführung nötig sein: die Führung eines Steuerbuches, worin die Veräußerung von Luxusgegenständen aufgeführt wird, und eines Lagerbuches, das den Bestand der Gegenstände bei Beginn jedes Steuerabschnitts, sowie den täglichen Aus- und Eingang wiedergibt.

Die Finanzämter sind befugt, eine Aufsicht über die Betriebe auszuüben und sie zu prüfen. Der Steuerpflichtige ist zu einer Umsatzsteuererklärung verpflichtet, die nur auf dem vom Finanzamt gelieferten Vorbrude abzugeben werden darf. Der Reichsfinanzminister wird noch nähere Verfügungen über Inhalt und Form der Erklärung erlassen. Die Strafen, die das Gesetz wegen Steuerhinterziehung vorseht, sind besonders streng und sehen sogar Gefängnis vor. Erstmals zum 1. Januar 1921 erfolgt die Veranlagung der allgemeinen Umsatzsteuer zu dem erhöhten Satz von 1,5 Prozent. Die Gewerbetreibenden müssen aber schon jetzt die Steuer berichtigten.

Der Vorstand des Vereins, Herr Essig, dankte dem Redner, dessen Ausführungen viel Beifall fanden, im Namen des Vereins für den Vortrag und ging dann zur Verteilung der Meister-Diplome über. Er erwähnte, daß es seit vielen Jahren zum ersten Mal sei, daß wieder Meisterprüfungen abgehalten werden. Er hoffe und wünsche, daß die neuen Meister dem Handwerkerstand alle Ehre machen. Meisterprüfungsdiplome erhielten: Eugen Auer, Wagnermeister aus Neubulach, Georg Feuerbacher, Schmiedmeister aus Zwerenberg, Emil Widmaier, Sattlermeister, Wilhelm Mitschke, Friseurmeister, Heinz Essig jr., Fleischnermeister und Karl Scheuerle, Metzgermeister aus Calw.

Preise für Reichsschuhe.

Die hohen Schuhpreise beruhen auf den übermäßigen Preisen für fertiges Leder seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Der Lederpreis für ein Paar Herrenstiefel beträgt gegenwärtig etwa 192 Mark. Mit dem Aufwand der Kleinstmaterialien, Arbeitslohn, dem Unternehmergewinn nebst Unkosten, die jetzt mit 11 Prozent angegeben werden, ist der Stiefel von einer Fabrik nicht unter durchschnittlich 230 Mark abzugeben. Dazu kommt der Zuschlag des Groß- und Kleinhändlers. Die Reichsschuhverforgung G. m. b. H., deren Gesellschafter das Deutsche Reich und die Großstädte Berlin, Dresden, München, Stuttgart und Breslau sind, verarbeitet die Lederbestände der Deutschen Leder-Altiengeellschaft und ist in der Lage, Herrenstiefel zu 70 M., Damen- und Knabenstiefel zu 60 M., Mädchenstiefel zu 45 M., Kinderstiefel zu 35 und 25 M. abzugeben. Die Schuhe erhalten eine Kontrollnummer, den Kleinverkaufspreis und einen Stempel „Reichsschuh“. Sie werden natürlich nur unter Kontrolle abgegeben.

Haferbewirtschaftung.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Hafer trieb bekanntlich die Preise sofort stark in die Höhe. Die ersten amtlichen Börsenberichte meldeten eine dreifache Steigerung des 400 M pro Tonne betragenden Höchstpreises. Seitdem sind die

Preise auf fabelhafte Höhen gestiegen. Während vom August bis Dezember nur eine Steigerung von 1100 M bis 2400 M zu verzeichnen war, sind die Preise im Januar allein von 2400 auf nahezu 4000 M gestiegen, d. h. eine 100prozentige Steigerung des ursprünglichen Preises.

Viehählung.

Am 1. März ds. Js. findet wieder im ganzen Land eine Viehzählung von Reich wegen statt. Alle Haustiere, mit Ausnahme der Kaninchen, sollen in die Riste aufgenommen werden.

Eierverkauf.

Zum Verkauf von Eiern ist ein Beförderungsschein der Landesversorgungsstelle nötig. Auch bei Beförderung im amtlichen Verkehr nach den Sammel- und Verteilungsstellen ist ein Beförderungsschein des Oberamts oder der beauftragten Bezirks- oder Gemeindefameliestelle erforderlich.

Gastwirtschaften sind lebenswichtige Betriebe.

Auf Grund einer Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums vom 13. Januar 1920 fallen Gastwirtschaften und Gasthäuser unter den Begriff lebenswichtiger Betriebe. Aufforderung zur Schließung solcher Wirtschaften wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

Landeskongress der Gewerkschaften.

Am 6. und 7. März findet im Gewerkschaftshaus in Stuttgart eine außerordentliche Landeskongress der Gewerkschaften Württembergs und Hohenzollerns statt. Zur Beratung steht das Betriebsrätegesetz und die Wahlen der Betriebsräte, ferner die Erwerbslosenfürsorge und innere Angelegenheiten der Gewerkschaften.

Die Techniker im Landtag.

Wie in der Nationalversammlung, so hat sich nun auch im württembergischen Landtag eine technische Gruppe gebildet. Es gehören ihr an von der Deutsch-demokratischen Partei die Abg. Wieland, Bruckmann und Vinkenheil (Vorsitzender), vom Zentrum die Abg. Wähler, Groß und Schmid, der Sozialdemokrat Herrmann und der Bürgerpartei der Wider.

Die Fabrikpflegerin.

In einer vom Arbeitsministerium, Abteilung Frauenarbeit, einberufenen Sachverständigenkonferenz wurde dem Finanzministerium folgende Entscheidung überwiegen: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. darauf hinzuwirken, daß die Einrichtung der Fabrikpflegerinnen in württ. Fabrik- und Staatsbetrieben in Anlehnung an das Gewerbeaufsichtsamt nach Kräften gefördert und ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete der gesundheitlichen und sozialpflegerischen Arbeiterinnenfürsorge jede Unterstützung gewährt wird, 2. die gesetzliche Einführung des Instituts der Fabrikpflegerinnen zu erwägen und in die Wege zu leiten.

oe. Liebenzell, 16. Febr. In der letzten Gemeinderats-sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß der Ea. Oberlehrer seine Zustimmung zu den vorgelegten Plänen für den Schulhausneubau erteilt hat. — Die vom Wohnungsausschuß angeordnete Regelung wird gutgeheißen und die damit verbundenen Kosten werden genehmigt. Die dadurch erforderliche Installation der Wasserleitung in der Söderschen Wohnung wird Flächnermeister Siebler übertragen. — Die nach § 15 des Ortsbau-statuts geltenden Anbauvorschriften sollen auch noch auf andere Baugelände ausgedehnt werden. — Nach Schätzung beträgt der durch das Hochwasser an Wegen usw. angerichtete Schaden gegen 15 000 M. Hierzu kommen noch die nicht unbedeutenden Kosten für Herstellung der beschädigten Brücke beim Oberen Bad. Es wurde deshalb die Aufnahme einer schwebenden Schuld bei der Oberamtsparafasse in Höhe von 20 000 M beschlossen.

W. Stammheim, 17. Febr. Ueber die Zukunft unserer evangelischen Kirche sprach am Sonntag Abend in unserem dicht besetzten Gemeindefaal Dr. Lempp von Stuttgart. Seine klar durchdachten Ausführungen im Hinblick auf die Zukunft überzeugten die Anwesenden von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller kirchlich Gesinnten im Evangelischen Volksbund. Der Leiter des Abends, Pfarrer Jung, eröffnete die Diskussion, die einige noch vorhandene Unklarheiten der Zuhörer zerstreute, und unser Kirchenchor erfreute die Versammlung durch mehrere Gesänge. Im Anschluß an die Feier wurde auch hier eine Ortsgruppe des evangelischen Volksbunds gegründet, welcher eine stattliche Anzahl von Mitgliedern beitrug.

(S. W.) Großschafheim, 17. Febr. Bei der Kontrolle auf dem hiesigen Bahnhof wurden von Beamten des Wucheramts folgende Lebensmittel beschlagnahmt: 125 Eier, 110 Pfund Mehl, 14 Pfund Fleisch, 5 Pfund Butter, 132 Laugenbrezeln und 6 1/2 Pfund Kuchen. Die guten Sachen wurden dem Kommunalverband zugeführt.

Für die Schriftl. verantw.: J. Vertz.: H. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. Bschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
 Buttermarke 1 kann eingelöst werden.
 Am Donnerstag, den 19. ds. vormittags von 9—11 Uhr wird an die Buchstaben G und H Kuhfleisch ausgehauen. Lebensmittelbücher sind mitzubringen.

Alle Sorten **Gartensamen** empfiehlt Friederike Pfeiffer.
 Frisch eingetroffen **Meerzwiebel.** Neue Apotheke.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.
 Die Arbeitgeber fordern wir dringend auf, die in letzter Zeit vielfach eingetretenen **Lohn- und Gehaltserhöhungen** bei den von ihnen Beschäftigten alsbald der Kassenverwaltung **anzuzeigen.**
 Im Unterlassungsjahre mühte beim Versicherungsamt (Oberamt) Strafanzeige gestellt werden.
 Calw, den 14. Februar 1920.
 Vorstandsvorsitzender: J. W. C. Störz.
 Verwalter: Prof.

KAPPEE
 in billigen wie besten Sorten, roh und jede Woche frisch gebrannt empfiehlt bestens **C. Serva.**
 Suche entbehrliches, gut erhaltenes Wirtschaftsdrehter, mann auch altes System zu kaufen. Preis mit einfacher Beschreibung **C. Dilger, Troffingen.**

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.
Unsere Schalter sind geöffnet:
 Montag bis Donnerstag von 8 bis 12 und 2 bis 6 Uhr, Freitag (Kassentag) von 8 bis 1 und 2 bis 6 Uhr, Samstag von 8 bis 12 Uhr.
 Die Auszahlung von Kranken- und Wochengelbern findet jeweils am Kassentag (Freitag) statt.
 Auf Wunsch erfolgt die Ueberweisung der oben bezeichneten Barleistungen durch die Post auf Kosten des Empfängers.
 Calw, den 14. Februar 1920.
 Kassenverwaltung: Prof.

Schmieh, den 17. Februar 1920.

Todes-Anzeige.



Tiefbetrübt geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe treubeforgte Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante

Katharine Hentschler,
(Gales)-Witwe,

am 17. Feb. um 3 Uhr an einem Schlaganfall sanft in dem Herrn entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Freitag Mittag 1 Uhr.

Unterhaugstett, den 16. Februar 1920.

Todes-Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser lieber, treubeforgter, unvergeßlicher Vater

Jakob Geisfried,

im Alter von 59 Jahren am Montag Abend nach kurzer schwerer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen: die Gattin: **Katharine Geisfried,** die Töchter: **Emilie, Luise, Frida,** der Sohn: **Jakob.**

Beerdigung Donnerstag Nachmittag 1 Uhr in Unterhaugstett.

Nach viel zu früh bist Du geschieden und umsonst war Deiner Kinder Flehen. Ruhe nun im Frieden bis wir droben uns einst wiedersehen.

Bad Teinach, den 17. Februar 1920.

Dankfagung.



Für die wohlthuenden Beweise herrlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben

Minna Schulz,

sagen wir unseren innigen Dank.

**Anna Schulz,
Anni Schulz,
Garda Boyßen.**

Unsere Geschäftsstelle ist bereit **Gaben** für die Grenzspende in Empfang zu nehmen und weiterzuleiten.

Landwirtschaftlicher Hausfrauen-Berein Calw.

Die Generalversammlung

findet Samstag, den 28. Februar, nachmittags 1/3 Uhr im Saale der früheren Brauerei Drelß statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Neuwahlen.

Im Anschluß wird ein

Vortrag über Gartenbau und Gemüsezuucht

von Herrn Dekonomierat Schönberg, Vorstand der Gartenbauschule Hohenheim, gehalten.

Mitglieder und Freunde des L. H. B. C. sind zu zahlreichem Besuch freundlichst eingeladen.

Landw. Hausfrauen-Berein Calw.
Vorstand: Frau E. Sannwald.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Ortsgruppe Calw.

Samstag, den 21. ds. Mts. findet im Gasthaus a. Schiff, abends 7 Uhr die

erste Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Jahr.
2. Stellungnahme zu der am 23. d. Mts. in Pforzheim stattfindenden Generalversammlung.
3. Neuwahl des Geschäftsvorstandes.
4. Verschiedenes.

Das Erscheinen ist dringend notwendig. Mitgliederausweis ist mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Ältere Hüte

zum Umarbeiten auf neue Formen können jetzt abgegeben werden bei

Emilie Dollinger
vorm. E. Kreinhub.

Teilhhaber gesucht.

Suche einen geschäftsgewandten Herrn als Teilhaber in mein Kommissions- und Liegenschafts-Vermittlungsgeschäft zwecks Ausdehnung in hiesiger Gegend aufzunehmen. Auch für Nichtkaufleute oder Kriegsbeschädigte geeignet. Gest. Angebote nimmt entgegen

Schwarzwälder Liegenschafts-Vermittlungsgeschäft
Inh.: Rudolf Gwinner, Tübingen, Neckarhalde 10.
Telefon 174.

Alteisen, Altguss, Altmetall

kauft in jeder Menge

Carl Herzog, Eisenhandlg.

Kropf! Dicken Hals!
besiegt! Apoth. Rathelhubers **Kropfgeist!**

Gleichzeitige Anwendung meines Kropfpulvers erhöht und beschleunigt die Wirkung. Preis des Pulvers Mk. 3.50 Preis des Kropfgeistes Mk. 5.—. Porto und Packung extra! Allein durch Hofapothek Heringingen Hohenz.

Eine 1-jährige **Ziege** hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Verkaufe eine fehlerfreie, mit dem 2. Halb 33 Wochen trüchtige gute **Milch- u. Fahr-Ruh.**

Pauline Rühle Witwe,
Althengstett.

Sommerprossen!
Finnen! Pickel! Unreine Haut verschwinden mit **Sommerprossencreme.** Preis Mk. 5.— franko. Allein durch Hofapothek Heringingen, Hohenzollern.

Unterzeichneter verkauft einen reinrassigen, gelben **Staliener-Zuchthahn,** 1918 er Brut. **W. Binder, Ernstmühl.**

Maulwurf-Felle kauft das Stück zu **15 Mark.** **Friedrich Bolz,** Oberreichenbach.

Am Dienstag **verloren** ich zwischen Hengstettergasse und Marktplatz mein **Geldtäschchen** mit 17 Mark. Abzugeben gegen gute Belohnung bei **Core Konz, Calw,** Hengstettergasse.

Verlaufen

hat sich gestern abend mein schwarz-weißer **S o g.**

Derjenige, der ihn mir wieder zuführt, oder über dessen Verbleib Auskunft erteilt, wird gut belohnt.

S o g.

Teufelweg 616.

Einige vorzügl. erhaltene Pianinos

in schwarz, nußb. u. eichen Friedensware, abzugeb. **G. L. Nagel, Heilbronn** am Fernsprecher 173.

Blumentöpfe

Gebrauchte **Philipp Mast, Handlungsgärtner, Calw.**

Gesucht möglichst sofort

1 Mädchen für Zimmerarbeit und **1 Mädchen** für die Küche.

Kinder-Sanatorium Bad Liebenzell.

Auf 1. März wird ein

Mädchen gesucht, welches selbständig kochen kann.

Monatlich Mk. 60.— Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Dienstmädchen,

ein fleißiges, ordentliches, für besseren Haushalt sofort oder später gesucht.

Frau Emma Burghard, Pforzheim, Zerrnenstr. 1.

Suche für sofort oder Ostern

2 Kunstgießer-Lehrlinge

bei günstigen Bedingungen und tüchtiger Ausbildung. Kunst- und Feingießerei **Carl Zachmann, Pforzheim, Lurnstraße 6.**

Zum sofortigen Eintritt älterer

Pferdefnecht

gesucht. **Eugen Stöck, Weilderstadt.**

Birka 18 Jtr. Heu tauscht gegen **Stockholz, Scheiterholz, Stangen oder Bretter.**

Angebote an **Philipp Mast, Handlungsgärtner, Calw.**

Älteres

Sofa od. Divan

zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preisang. unter **N. 49** an die Gesch. d. Bl.

Siebesbesitzer! Wenn Ihre Ruh nicht rindert, oder wenn sie öfters rindert und nicht aufnimmt, dann verlangen Sie kostenlose Auskunft von **E. Fr. Köbele, Langenargen a. B. 64.** Niederlage: **Neue Apotheke, Th. Hartmann, Calw.**

Paul Scheuerle
Anna Scheuerle
geb. Spieß
Vermählte
Calw, Februar 1920

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen

Pauline Kusterer
Gottlob Rau

Bieselsberg

Unterhaugstett

Februar 1920.

Neuweiler-Martinsmoos. Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, d. 19. Febr. 1920 im Gasthaus zum „Lamm“ in Neuweiler stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Friedr. Wilh. Bühler, Sohn des + Friedr. Bühler, Holzhauer in Neuweiler,

Dorothea Raimbach, Tochter des + Mich. Raimbach, Küfer, in Martinsmoos.

Kirchgang um 1/2 12 Uhr in Neuweiler.

Paul Rächle, vorm. J. Steudle
Calw, am Markt. Fernsprecher 111.

Geschäftshaus für Bekleidung und Ausstattung.

Gasthaus-Berkauf.

In Tübingen

habe ich das **aktrenommierete**

Gasthaus zum „Adler“,

mit bedeutendem Wein-, Most- und Bierverbrauch wegen Krankheit des Besitzers im Auftrag zu verkaufen. 11 Fremdenzimmer mit 26 Betten, Tanzsaal, Schauer und größere Stallungen vorhanden. Verkaufspreis 120 000 Mk. Anzahlung 30—40 000 Mk. Tüchtigen, strebsamen Leuten ist hier ein vorzügliches Auskommen geboten. Uebernahme sofort. Ernstlichen Käufern erteilt nähere Auskunft der Beauftragte **Rudolf Gwinner, Schwarzwälder Liegenschaftsvermittlung, Tübingen, Neckarhalde 10. Fernruf 174.**

Landwirtschaftliche Maschinen

und **Geräte aller Art**

sowie

Siebe und Drahtwaren

empfiehlt

Gg. Wackenhuth.